

Hamburger Echo

Preis 15 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Einzelgenosse 15 A. Familienangehörige 30 A. Stellenangebot 35 A. Kleinanzeigen 25 A. Kleinanzeigen bis 5 Zeilen die Seite 30 A. 10 bis 15 Zeilen die Seite 35 A. Kleinanzeigen 3,50 A. Kleinanzeigen müssen im Voraus bezahlt werden. Einzelgenosse: Altonaer Straße 11, 1. Stock, Altona. Kleinanzeigen: Altonaer Straße 11, 1. Stock, Altona. Kleinanzeigen: Altonaer Straße 11, 1. Stock, Altona. Kleinanzeigen: Altonaer Straße 11, 1. Stock, Altona.

Nummer 140

Donnerabend, 23. Mai 1931

57. Jahrgang

Ernst sozialdemokratische Warnung

Brief an Brüning

Längere Verzögerung der Brotpreissenkung unerträglich — Herabsetzung der Zölle tut not

Das Schreiben des Fraktionsvorstandes

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichskanzler einen ersten Brief über die Brotpreissenkung geschrieben.

Das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler Dr. Brüning wegen der Ermäßigung der Brotpreise hat folgenden Wortlaut:

„Seit wir mit unserem Schreiben vom 22. April Ihre Aufmerksamkeit auf

die Welle der Brotpreiserhöhungen gelenkt und Maßnahmen der Reichsregierung auf Grund der Bestimmungen des Zollgesetzes vom März 1931 gefordert haben, ist die Aufwärtsbewegung der Brotpreise an vielen Orten weiter fortgeschritten. Weder die auf ein Kontingent beschränkte Herabsetzung des Weizenzolls, noch die im einzelnen mit Mühlen und Bäckern geführten Verhandlungen haben bisher die in Aussicht gestellte und vom Gesetz vorgeschriebene Herabsetzung der Brotpreise auf den durchschnittlichen Stand der Monate von Oktober bis März bewirken können.

Angesichts der auch in den Sommermonaten kaum verringerten Massenarbeitslosigkeit und der ständigen Herabdrückung der Einkommen der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung

halten wir eine längere Verzögerung der Brotpreissenkung für unerträglich.

Wir sind der Meinung, daß es der Reichsregierung an der Macht, die Voraussetzungen für eine allgemeine Senkung der erhöhten Brotpreise zu schaffen, nicht fehlt, daß sie aber dieses Ziel am raschesten und wirksamsten auf dem Wege der

allgemeinen Herabsetzung der Zölle für Brotgetreide und für die mit dem Roggenverbrauch konkurrierenden Futtermittel

erreichen kann. Wir machen die Reichsregierung erneut auf die schwere Verantwortung aufmerksam, die die Nichterfüllung der Verpflichtungen der Regierung auf dem Gebiete der Brotpreissenkung in der Bevölkerung verursacht, und

wir müssen mit allem Nachdruck die sofortige Durchführung der zur Brotpreissenkung erforderlichen Maßnahmen, insbesondere der Zollherabsetzungen von der Reichsregierung fordern.“

Diese Mahnung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion an die Reichsregierung war notwendig, weil bisher veräußert worden ist, wirklich durchgreifende Maßnahmen anzuwenden, um den seit vier Wochen und mehr in der überwiegenen Mehrzahl der großen Städte erhöhten Brotpreis wieder auf den alten Stand zu senken. Das Reichs-ernährungsministerium hat sich offensichtlich über das Gesetz, das ihm einer Brotpreissenkung vorbeugen sollte, hinweggesetzt und es an Energie im Brotpreislampfen fehlen lassen. Es hat lediglich völlig unzulängliche Vorschläge gemacht, die zu keinem Resultat führen konnten.

Wäre das Reichs-ernährungsministerium den schon seit Wochen gescheiterten Vorschlägen der Sozialdemokratie gefolgt, so wäre die Brotteuerungswelle schon längst gebrochen, und die berechtigten Aufregung aller Verbraucher über die Nichterfüllung der Brotpreissenkungsversprechen wäre unnötig gewesen.

Best kann nur die Forderung des Vorstandes des Reichstags-

fraktion helfen. Es muß eine Senkung der Futtergetreidezölle vorgenommen werden, um die Einfuhr an Getreide zu erleichtern. Nur durch eine Verbilligung des Futtergetreides ist es möglich, daß die noch bei den Landwirten lagernden Vorräte an Roggen nicht verfaulen, sondern an die Mühlen verteilt werden. Außerdem ist aber auch die Senkung des Roggenzolls notwendig; denn bei der auch dem Reichs-ernährungsministerium bekannten, wenn auch offen nicht zugegebenen Knappheit der Roggenvorräte ist damit zu rechnen, daß, je mehr die Vorräte abnehmen, die Roggenpreise steigen. Die Landwirtschaft wird also, wenn der Roggenzoll nicht gesenkt wird, mit dem Verkauf des Roggens warten, um möglichst hohe Preise erzielen zu können. Aus diesem Grunde muß daher bis zur neuen Ernte die Preisentwicklung auf dem Roggenmarkt abwärts gerichtet sein, um möglichst bald alle Vorräte, die noch bei der Landwirtschaft lagern, auf den Markt gelangen zu lassen. Das kann nicht allein durch die Abgabe verbilligten Regierungssroggens an die Mühlen in den einzelnen Städten erzielt werden, sondern nur durch eine Senkung des Roggenzolls.

Wie wir erfahren, wird der Reichskanzler die Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu einer Aussprache über ihr schriftlich eingereichtes Vorbringen nach den Feiertagen empfangen.

Die Entwicklung des Brotpreises

Wie der Amtliche Preisdienst mitteilt, wird vom Preussischen Statistischen Landesamt in der Statistischen Korrespondenz über die weitere Entwicklung des Brotpreises folgendes berichtet:

Zu den 29 Städten, die von 51 zweimal im Monat berichtenden Städten bis Ende April Brotpreiserhöhungen gemeldet hatten, sind in der ersten Hälfte Mai sieben Orte mit Erhöhungen hinzugekommen, die im März und April noch unveränderte Preise hatten. Von den 22 an der Berichterstattung beteiligten Großstädten ist der Brotpreis bis Mitte Mai mithin nur in zwei, nämlich in Kiel und Hamburg-Wilhelmsburg nicht erhöht worden.

Auch in den 84 monatlich berichtenden, vielfach kleineren Gemeinden wirkten sich die Preissteigerungen, wenn auch langsamer, aus; von diesen 84 Gemeinden haben im März oder April 38 Erhöhungen des Brotpreises gemeldet.

Der Halbjahresdurchschnitt Oktober 1930 bis März 1931, der durch das Gesetz über Zolländerungen vom 28. März 1931 zur Beurteilungsgrundlage der Brotpreisgestaltung bestimmt worden ist, wurde von den 51 Gemeinden, die halbjährlich berichten, bis Mitte Mai in 38 Gemeinden überschritten. Von den 84 Gemeinden, die monatlich berichten, wurde der Durchschnitt bis Ende April in 41 Gemeinden überschritten. Es wird also bisher nach dem erwähnten Stand der Berichterstattung von insgesamt 135 Gemeinden in 59, darunter (mit einer einzigen Ausnahme, Kiel) in sämtlichen berichtenden Großstädten überschritten.

Welche Pläne hat die Regierung?

Gerüchte über den Inhalt der neuen Notverordnung

SPD. Berlin, 23. Mai.

Die Meldung, daß die Reichsregierung sich auf Verlangen der Bayerischen Volkspartei damit einverstanden erklärt habe, die Steuervereinfachung aus der Notverordnung herauszunehmen, wird von der Germania als unzutreffend bezeichnet. Ein solches Angebotsversprechen seitens der Reichsregierung sei nicht erfolgt und komme nach Lage der Dinge auch nicht in Frage.

Zur Vorbereitung der neuen Notverordnung soll, wie in einem Teil der Berliner Presse gemeldet wird, Anfang Juni in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder stattfinden. Die Notverordnung selbst werde im Rahmen einer feierlichen Kundgebung veröffentlicht, die dem deutschen Volk Rechenschaft über seine Lage und über die „Zwangslage der neuen Regierungsmassnahmen“ geben werde.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Notverordnung infolge der Verzögerung der Kabinettsberatungen steht noch immer nicht fest. Man rechnet jedoch nach wie vor damit, daß die Verordnung entweder vor der Abreise der deutschen Staatsmänner nach England oder jedenfalls während ihres Aufenthaltes in Chequers veröffentlicht werden wird.

Gefährliche Pläne

Die finanzielle Situation ist wahrhaft furchtbar. Auf der einen Seite andauernd steigende Ausgaben für Wohlfahrtsunterstützungen, da mit der Dauer der Erwerbslosigkeit die Verelendung der Arbeitslosen immer größer wird. Auf der anderen Seite ständig sinkende Einnahmen, da nicht nur die Zahl der Steuerzahler, sondern vor allem die Steuerleistung infolge Lohnabnahme, Kurzarbeit und sonstiger Einkommensminderungen erheblich zurückgeht. So sind die Ausgaben für die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sehr schnell. Es ist deshalb erklärlich, daß in den Ministerien alle möglichen Pläne und Projekte gewälzt werden, um der drohenden Aufspülung der Finanzkrisis begegnen zu können. Was aber ein Teil der heutigen Morgenpresse als mutmaßlichen Inhalt der Notverord-

nung oder „Möglichkeit“, mit denen die hauptsächlichsten Sozialisierungsmassnahmen in Zusammenhang stehen“ antündigt, stellt eine so einseitige und gefährliche Belastung der unteren Volksschichten dar, daß die Reichsregierung aufs ernste vor ihr gefährlichen Wege gewarnt werden muß.

Nach jenen Presseveröffentlichungen sollen neben Streichungen am Haushaltsplan in besonderem Maße bei den verschiedenen Fonds einschneidende „Reformmassnahmen“ bei den Sozialversicherungen erfolgen, wobei auch an Herabsetzung der Leistungen in den höheren Gruppen der Arbeitslosenversicherung und Herabnahme einzelner Gruppen gedacht werde. Weiter sollen Erparnisse auch bei den anderen sozialen Versicherungen, eine Kürzung der Renten einzelner Gruppen der Kriegsbeschädigten, beispielsweise der geringprozentigen Renten, in Frage kommen. Außerdem hält man es für wahrscheinlich, daß eine neue Kürzung der Beamtengehälter kommt, für die man zunächst 4% annimmt, wobei man aber mit der Möglichkeit der Staffelung rechnet. Das würde sich nicht nur auf das Reich, sondern auch auf die Länder beziehen, die dadurch wieder einen gewissen Ausgleich für die automatisch eingetretene Verringerung der Lebensversicherungsbeiträge erhielten. Im Zusammenhang mit der Kürzung der Beamtengehälter steht ferner eine Streichung der Kinderalage für das erste Kind.

Bei den Steuerplänen kommt voraussichtlich eine Erhöhung der Umsatzsteuer bis auf weiteres nicht in Betracht, wohl aber neue Zuläge zur Einkommensteuer und möglicherweise eine Erhöhung der Zinssteuer sowie eine Wiedereinführung der feineren aufgebundenen Zuckersteuer. Anwieweit eine finanzielle Entlastung der Gemeinden durch einen Teil der Hauszinssteuerentlastung möglich sei, unterliegt nach der Prüfung, wobei dann auch eine Forderung des Wohnungsbaues durch Zinsverbilligung angefochten werde.

Die Pläne sind, wie schon bemerkt, außerordentlich gefährlicher Natur. Es gibt durchaus noch andere Möglichkeiten, der Finanznotlage Herr zu werden. Möglichkeiten, die zwar ebenfalls eine große Opfer fordern, sie aber so verteilen, daß sie auf die Schultern des Leistungsfähigeren gelegt werden. Wir verweisen auf die „Lafayette“, die kann die Versorgung der Arbeitslosen gesichert werden und „Gibt es noch Steuerreserven?“ in der 2. Beilage unseres Blattes.

Von Genf nach Chequers

Wieder einmal zeigt sich drastisch die Gegenfährlichkeit des politischen Geistes der Franzosen und der Deutschen. Unmittelbar vor Genf erlitt Briand eine schlimme parlamentarische Niederlage; er reagierte mit der gefunden Empfindung, daß er nun jedes Amt von sich werfen und in den kommenden Kammerwahlen den nationalistischen Stier bei den Hörnern packen müsse. So würde ein für allemal reines Feld geschaffen. Daß die Mehrheit der Wähler zu Briand steht, hat sich seit der Präsidentenwahl klar ergeben; aber jetzt scheint nicht minder klar festzustellen, daß Briand Außenminister bleibt. Nach Genf hatte er nur zur Europakonferenz gehen wollen; dann ließ er sich bewegen, dennoch im Rat zu erscheinen. Er blieb bis fast zum Schluss; bei der Ankunft in Paris umfoste ihn Begeisterung von Tausenden; als Briand den Zug verließ, wurde er mit den Rufen „Es lebe Briand!“ „Es lebe der Friede!“ und „Nieder mit dem Krieg!“ begrüßt. Die Polizeiketten wurden durchbrochen, so daß Briand nur mit großer Mühe sein Auto erreichen konnte, das mit Blumen überschüttet wurde. Vor dem Bahnhof wiederholten sich die Kundgebungen. Scharen wollten mit Briand zum Außenministerium wallfahren; die Polizei trat dazwischen. Nur kleinere Trupps drangen bis zum Außenministerium vor und veranstalteten dort neue Kundgebungen für Briand. Erst nachdem sich der Außenminister zweimal am Fenster gezeigt hatte, traten die Manifestanten den Heimweg an.

Wie anders Deutschland. Sogar wenn Stresemann anscheinliche Erfolge heimbrachte, forderten die Nationalisten seinen Sturz; Curtius wurde, als er im Januar den Polenterror in die Erde gebort hatte, von seinen lieben Deutschen mit faulen Eiern beworfen, und jetzt möchten jene Politiker, die auf den Zollunionsplan geschworen haben, Curtius an die Laternen hängen. So wird der Außenminister um jedes Ansehen gebracht.

Der jüngste Mißerfolg der deutschen Außenpolitik gibt Lehren auf; aber andere, als die der deutschen Nationalisten. Sie unterlegten der Zollunion den Sinn eines Vorstoßes gegen den Versailler Vertrag, und gerade dadurch stärkten sie die gegnerischen Kräfte; in ihrer Rechnung erschien Italien als der Schrittmacher Deutschlands, sie sahen gerade die Morgenröte des Tages der Befreiung, ein Bündnis mit Italien und England werde das Tor zu unserer Freiheit öffnen.

Aber Italien hat in Genf nicht den Versuch eines Versuches zur Unterstützung Deutschlands gemacht; allgalt und eskaliert zugleich verjagte sich Grandi, der Außenminister Italiens. Und England? Mit den Hamburger Nachrichten rüffelt das Hamburger Fremdenblatt Henderson, weil er am Freitag den Danziger nationalistischen Senat aufgefordert hat, er solle für Ruhe und Ordnung sorgen. Leider steht die Tatsache fest, daß in Danzig-Land die Polizeimacht nationalistische Erfolge wohlwollend geduldet hat; wie Henderson seinerseits den Pilsbitterrort gebremst hat, so handelt er jetzt verabschiedet.

Wenn deutsches Nationalienpolitik immer schlimmer in die Sackgasse geraten. Der Zollunionsplan war ein handfester Beginn, der französische Plan ist Gallert; und in jedem Fall kommt Curtius das Verdienst zu, das Ruhende in Bewegung gebracht zu haben; ohne ihn wäre alles still und tot geblieben. Er hat die Aussprache erzwungen; jetzt obliegt es Deutschland, die Dinge in Fluß zu halten. Sich in Tros und Grimm zu verbeissen, ist nutzlos und schädlich. Die Lage ist keineswegs hoffnungslos, vielleicht wird uns sogar Frankreich weiter helfen, und zwar mit einem schweren Fehler, den es trotz seiner politischen Gewandtheit zu begehen sich anseht, durch Brückung des internationalen Gerichtshofs in Haag. Dessen Sekretariat gibt bekannt, es sei ihm die offizielle Aufforderung des Völkerbundesrates an Entscheidung über das geplante deutsch-österreichische Zollabkommen ausgegangen. Dazu bemerkt der französische Sozialistenführer Leon Blum, Frankreich lege, wie schon aus den Genfer Berichten hervorgegangen sei, auf das Gerichtsurteil keinen Wert, es wolle sich nur an die bekannte Kammerentscheidung halten; wenn das Saager Urteil für Deutsch-

Kasimir Edschmid: Glanz und Elend Südamerikas

Copyright by Frankfurter Societäts-Verlag.

Gomez, ein Präsident

Die verbannten Venezolaner sind „lauter persönliche Feinde des Präsidenten“, meinte Ariza, „die nur in Paris leben, weil sie Lust haben, noch einige Zeit am Leben zu bleiben, wofür in Venezuela keine Garantie wäre.“

Gomez hat seine Macht sehr gut zu solchen Zwecken ausgebaut. Sie können zum Beispiel nicht in Venezuela reisen, ohne daß ihnen am Tag dreimal von in Form von Zollbeamten maskierten Detektivs das Gepäck auf Waffen untersucht wird. Ebenso wird ihr Name zehnmal am Tag an jeder Ecke, wo eine Strafe sich mit einer anderen kreuzt, notiert. Die Regierung Venezuelas weiß in jeder Stunde, wo jeder ihrer Unterthanen sich aufhält — was bei drei Millionen Unterthanen etwa der doppelten Größe wie Frankreich schon etwas sagen will. Dafür kann die Regierung auch wirklich machen, was sie will. Sie kann Soldaten einziehen von einem Ende des Landes und kann sie am anderen ausbilden und kann sie wieder auf die Straße setzen, wenn sie die Soldaten nicht mehr braucht — und man kann auf allen Straßen Venezuelas heimkehrende Soldaten finden, die ohne Kleider, barfuß, ohne einen Pfennig über reichhaltige Entfernung nach Hause durchbitteln. Ja, die Regierung kann sich auch in den Besitz der Vermögen ihrer Unterthanen setzen, wenn sie es wünscht. Sie hat die Gezeile in der Hand und kann mit den Gezeilen spielen, wie sie will. Eines Tages hatte Gomez sich in den Besitz der meisten Viehbestände gebracht, indem er an der Küste den Zoll für Vieh, das aus den inneren Provinzen herangebracht wurde, so hoch setzte, daß er höher war als der Wert des Viehs. Ist das nicht eine brillante Domination? Und ein hervorragender Präsident? Mit den Präsidenten ist es nun in den anderen Staaten in Südamerika nicht so wild bestellt wie in Venezuela. Diese Ausgabe von Präsident

ist schon venezolanische Spezialität. Aber mit den Revolutionen ist es ähnlich. In Ecuador wird sich der Präsident, der in Quito, zwei Tage Eisenbahnfahrt im Lande sein, zum Beispiel sehr hüten, die seit Gott weiß wieviel Jahren bestehende Wehrpflicht durchzuführen. Er hält sich vielmehr aus Angst vor einer Revolution eine reine Indianerarmee. Diese Armee ist klein und sie hat den Vorzug, daß ihre Soldaten kein Spanisch verstehen. Jöge der Präsident nur fünf Jungen aus guten Familien ein, so würden sie innerhalb acht Tagen eine Revolution machen und die Indianer-Garnison vor das Palais führen. Deshalb hat Ecuador auch keine richtige Marine. Befehle sind eine richtige Marine, so würden die Marineoffiziere die Kanonen recht bald gegen die Hafenstadt Guayaquil richten. Eine richtige Marine wäre eine unaufhörliche Revolution. Dafür besitzt Ecuador drei niedliche Segelboot-Kriegsschiffe, nicht wahr, Kapitän? Und wenn wir in Guayaquil einfahren, müssen wir irgendein altes abgetakeltes Wrack zuerst greifen. Und dann werden Sie einen autoritären Admiral in großer Uniform auf der Brücke erscheinen und grüßen Sie.“

„Na... Unfuss“, unterbrach ihn lachend der Kapitän, „Sie übertrieben, Ariza.“

Der alte Maizges richtete seinen Geierkopf mit den blauen, halb erloschen Augen auf Ariza.

„Sie sind ein hervorragender Patriot“, sagte er anerkennend.

„Aber warum haben Sie eigentlich nie das größte Geschäft gemacht, das man in Ihrer Heimat machen kann?“

Ariza schwieg eine Weile, ehe er auf die boshafte Frage des alten Maizges antwortete. Und solange er zu sprechen zögerte, zuckte sein linkes Auge in die Höhe und zerrte ein wenig den linken Nasenflügel mit.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:

Sozialdemokratischer Brief an Brüning.
Welche Pläne hat die Regierung?
Von Genf nach Chequers.
Der Völkerbund zum Streit Danzig — Polen.
Nazis in Bremen.
Fieber bricht wieder einmal die Zinsmehrschicht.

Tagesbericht:

Maibach in Stadtpart.
So Pfaffen, o wie scheun...
Der geleiterte Kohlenheber.
Die Fensterheben-Offensive der Nazis.

Kunst und Wissenschaft:

Alfred Wegeners Fortschritt.

Feuilleton:

Schein und Wahrheit. Von Hans S. Hingelmann.

Abens Begräbnis.

Aus aller Welt:

Selbstat eines Lehrers.

Gewerkschaftliche Umschau

Eternhaus und Schule.

Film und Funf

machen werde. Und das Unglaubliche ist daraufhin geschähen —

— der Gouverneur hat die Bande freigelassen. Wenn Holland jedem Abenteuer gegenüber so weich...

Der Kapitän erhob lächelnd den Finger.

„Wir Holländer sind eine vernünftige Nation, Van der Weele, wir haben uns stets als anständige Leute gezeigt, aber wir lieben auch unser Geld“, sagte er dann, als die „Cartizoa“ verflungen war. „Warum sollte der Gouverneur riskieren, daß ein fanatischer Hund eine Bombe in die Destants wirft, woraufhin ein paar Millionen Gulden in die Luft schallen würden? Ich hätte die Kerle auch freigelassen.“ (Fortsetzung folgt.)